



# Karneval in Venedig



In Italien ist ein heftiger Streit entbrannt, nachdem einer voll verschleierten Muslimin, die mit ihrem Mann und ihrer Tochter ein Museum in Venedig besuchen wollte, der Zutritt verboten wurde.

Die Familie hatte die Eintrittskarten gekauft, um die Säle der Cà Rezzonico (das Museum über die Geschichte Venedigs im 18. Jahrhundert am Canal Grande) zu besuchen, als der Muslimin vom Personal der Zugang zum oberen Teil des Palasts verwehrt wurde. Das Verbot wurde mit „Sicherheitsgründen“ argumentiert. Der Zwischenfall sorgte für heftigen Protest der muslimischen Gemeinschaft in Italien. Sie sprach von einer nicht tolerierbaren Diskriminierung gegenüber verschleierten Musliminnen.

Der Leiter des Museums, Filippo Pedrocco, entschuldigte sich nach dem Vorfall. „Es war ein Missverständnis. Im Fasching dürfen maskierte Personen nicht ins Museum. Das Personal des Museums dachte versehentlich, dass diese Regel auch für verschleierte Frauen gilt“, rechtfertigte sich Pedrocco.

Möglicherweise gebe es Strafmaßnahmen gegen den Angestellten des Museums, der der Muslimin den Zugang zum Museum versperrt hatte, so Pedrocco.

„Die Angestellten des Museums haben vernünftig gehandelt“

„Es ist offensichtlich, dass die Angestellten des Museums vernünftig gehandelt haben. Die erste Regel, die Italien und Ausländer respektieren müssen, ist, dass das italienische Gesetz für alle gleich ist, vor allem, wenn es um öffentliche Sicherheit geht“, sagte hingegen Unterstaatssekretär Carlo Giovanardi.

In Italien sei es aus Sicherheitsgründen verboten, voll verschleiert auf die Straße zu gehen. Die Burka, die Musliminnen von Kopf bis Fuß bedeckt, sei in der Öffentlichkeit in Italien verboten, weil die Person dadurch nicht zu identifizieren sei, und das könne die öffentliche Sicherheit gefährden, betonte Giovanardi.

(Quelle: [Südtirol Online](#), Spürnase: Ludwig S.)

---

## Londoner Räte sollen Ramadan einhalten



Mitglieder des Ost-Londoner Tower Hamlets Rats dürfen nicht mehr essen und trinken, was sie wollen, jedenfalls [nicht während des Ramadans](#) – dann haben sie nämlich zu fasten aus Rücksicht auf die muslimischen Ratsherren. Doch dies geht nun auch dem links-gerichteten religionsfernen Tower Hamlets Council etwas zu weit. Dadurch würde man ja „eine

Religionsgemeinschaft einer anderen vorziehen,“ finden die nicht-muslimischen Mitglieder. Das Problem des Rats ist allerdings hausgemacht, hatte man doch aus *political over correctness* das Weihnachtsmahl, auf muslimischen Druck hin bereits in „Festmahl“ umbenannt – da ist die Ramadan-Forderung nichts als die logisch folgende Konsequenz. Schluss mit Tee und Sandwiches.

(Spürnase: Marc K.)

---



## „Lindenstraße“ palästinensisch mit Kopftuch



Wie kann man von deutscher Dhimmitude profitieren und gleichzeitig auf die Hindernisse im Leben der armen, von den Israelis ach so unterdrückten Palästinenser hinweisen? Richtig, man versetzt mal eben eine „[Lindenstraße](#)“-Urgestein Mutter Beimer-Kopie [nach Ramallah](#) – selbstverständlich mit Kopftuch. In „Palästina“ soll es

nämlich bald eine erste Pallywood-Soapopera geben – nach deutschem Vorbild.

**Update:** Die Palliwood-Soap entsteht nicht nur nach deutschem Vorbild, sondern auch [auf deutsche Kosten](#). Da befürwortet das [Goethe-Institut](#) doch gern „eine großzügige Zuwendung“ aus der öffentlichen Hand.

Ob das eine Ehre oder einfach nur peinlich ist, liegt im Auge des Betrachters. „Matabb“ (Stolperschwelle) soll die Seifenoper heißen, angeblich ein Synonym für die vielen Hindernisse im Palästinenserleben. Vorlage ist die deutsche Erfolgsserie „Lindenstraße“. Die palästinensische Version von Mutter Beimer heißt Suhaila, trägt Kopftuch und arbeitet als Raumpflegerin.

*Am 1. September beginnt für alle Muslime der Fastenmonat Ramadan. Von da an versorgen die palästinensischen Kanäle MAAN TV und PBC ihre Zuschauer mit der neuen Soap. Zum Ramadan gehören Seifenopern im Fernsehen genau so wie volle Teller nach dem Fasten. Als Zutaten für die „Lindenstraße“ auf palästinensisch haben die Macher das Übliche genommen wie Herz, Schmerz, Liebe, Ehekrisen und Karriere. Eingewoben wurden dann palästinensische Themen wie **häusliche Gewalt gegen Frauen**, die unter der Kuratel ihrer männlichen Verwandten stehen, oder Konflikte zwischen der Elite in den Stadt sowie den Bauern und verarmten Bewohnern von Flüchtlingslagern. Und wie ein roter Faden zieht sich die **israelische Besatzung** durch die Serie – vor allem Kontrollposten, die den Palästinensern das tägliche Leben schwer machen.*

*„Wir wollen vor allem unterhalten“, sagt Produzent Farid Madschari. „Gleichzeitig wollten wir über einige der brennenden Fragen sprechen, die manchmal unter den Teppich gekehrt werden.“ Madschari sagt, er sei bis an die Grenzen gegangen, habe sie aber nicht überschreiten wollen. Beispielsweise habe er ein paar Minuten über eine Rolle für*

*einen Schwulen nachgedacht, aber die Idee fallen lassen...*

*Anders als in der „Lindenstraße“ steht bei „Matabb“ eine **Hilfsorganisation im Zentrum**. Große und kleine Hilfsorganisationen gibt es in den Palästinensergebieten wie Sand am Meer – ein ideales Ziel für Seitenhiebe. „Wir müssen die lokale Presse dazu bringen, über uns zu berichten“, macht sich Direktorin Lena über Tendenzen lustig, vor allem **internationale Medien zu interessieren**.*

Die Stoßrichtung ist klar: Die Unterdrückung der Frau und häusliche Gewalt wird als selbstverständlicher Ist-Zustand hingenommen, ebenso wie die Tabuisierung und Dämonisierung der Homosexualität. Man will vor allem darauf hinweisen, dass die Israelis, die ihr Überleben schützen wollen, die Bösen sind und die Palästinenser, welche die Israelis in Meer treiben wollen, die Guten. Was man in Palästina so alles als „Hilfsorganisation“ betrachtet, ist bekannt – nicht selten geht es dabei nur um Hilfe für den Terrorismus. Aber das ist egal, wenn man durch gezielte Propaganda die eigene Version der Wahrheit im Ausland erfolgreich verkaufen kann.

*(Spürnase: lotus)*



# Haftbefehl gegen Diktator Gaddafi



Libyens Herrscher, Oberst Muammar al-Gaddafi, steht wie bereits [Söhnchen Hannibal](#) auf Kriegsfuß mit dem Gesetz. Angeklagt ist Papa Gaddafi wegen des Verschwindens eines prominenten schiitischen Geistlichen – Imam Mussa al-Sadr – das zwar bereits 30 Jahre her ist, aber für den libyschen Exzentriker dennoch [unangenehme Spätfolgen](#) haben könnte. Gaddafi soll Beihilfe zur Entführung des im Iran geborenen libanesischen Hisbollah-Gründervaters geleistet haben.

Eigentlich eine Ironie der Geschichte: Ein islamischer Diktator lässt aus lauter Hass gegen die Libanesen einen Terror-nahen Hassprediger verschwinden und stolpert ausgerechnet über diesen Stein.

Gaddafi über die arabische „Bruderliebe“:

*„Wir hassen einander! Wir wünschen uns nur das Schlechteste! Unsere Geheimdienste verschwören sich gegeneinander!“ „Wir sind unser eigener Feind.“*

Eine Hass-Liebe die offenbar auf Gegenseitigkeit beruht:

*Ein Staatsanwalt im Libanon hat ihn (Gaddafi) wegen des Verschwindens eines prominenten schiitischen Geistlichen vor 30 Jahren angeklagt. Das geht aus dem Haftbefehl hervor, der*

kürzlich von Ermittlungsrichter Samih al-Hadsch unterzeichnet wurde. Danach sollen Gaddafi und sechs weitere Libyer wegen Anstiftung zur Entführung und Freiheitsberaubung in Beirut vor Gericht gestellt werden. Im Rahmen der libanesischen Terrorismusgesetze könnte dafür die Todesstrafe verhängt werden.

Die libanesischen Behörden machen Gaddafi für das Verschwinden des Imams Mussa al-Sadr und zwei seiner Begleiter während eines Besuchs in Libyen im Jahr 1978 verantwortlich. Al-Sadr, der 1928 in Iran geboren wurde, war der Gründer der schiitischen Amal-Bewegung im Libanon, aus der später die Hisbollah hervorging. Sein ungeklärtes Schicksal hat das Verhältnis zwischen Libanon und Libyen über Jahrzehnte zerrüttet.

Seit der offiziellen Visite vor 30 Jahren, bei dem die Schiitenabordnung mit Funktionären des Gaddafi-Regimes zusammentraf, fehlt von den Männern jede Spur. Nach libyscher Darstellung stiegen die drei nach Abschluss ihres Besuchs in ein Flugzeug nach Rom. Dort kamen sie jedoch nie an. Libanesische Schiiten vermuten deshalb, dass die Männer zuerst aus Tripolis entführt und kurz darauf umgebracht wurden. Die Familie des Geistlichen hingegen glaubt, dass der Imam noch lebt und in Libyen gefangen gehalten wird. 1986 waren die Ermittlungen aus Mangel an Beweisen eingestellt worden.

Auch wegen des Rätsels, das sein Verschwinden aufgibt, ist al-Sadr längst zur Legende geworden. Seine Anhänger verehren ihn als Märtyrer, sein Bild ist für viele libanesischen Schiiten eine Art Ikone, die ihre Häuser schmückt

Für Gaddafi ist die libanesischen Initiative insofern unangenehm, als sie klar die Zeit ins Gedächtnis zurückruft, in der sein Name für Terror stand.

*Seit den siebziger Jahren und bis Ende der Neunziger war Libyen Rückzugsraum und Unterstützer diverser arabischer Terrororganisation. Heute weiß man, dass das Attentat auf eine Pan-Am-Maschine, die 1988 über dem schottischen Lockerbie von Sprengsätzen zerrissen wurde, auf das Konto des libyschen Geheimdienstes ging. Lange Zeit galt Gaddafi, der die Zügel seines totalitären Regimes fest in der Hand und die Opposition in der Bevölkerung mit einem berüchtigten Geheimdienst in Schach hält, deshalb als Paria. Sein Land wurde mit Sanktionen belegt, unter dem vor allem die Armen litten.*

Islam ist, ähm – ah ja – Frieden.

---



## **Wird Sarah Palin McCains Vize-Kandidatin?**



Die Favoriten Mitt Romney und Tim Pawlenty sind



aus dem Rennen um die republikanische Vizepräsidentschaft raus. Als Geheimtipp wird dafür jetzt die 44-jährige [Sarah Palin](#) (Foto) gehandelt, die gemäß gut informierten Kreisen die Nase vorn haben soll. Palin ist Gouverneurin des Bundesstaates Alaska und außerdem Mutter von fünf Kindern, wovon eines behindert ist. Als Mutter eines Kindes mit Down-Syndrom ist sie als Abtreibungsgegnerin und Familienmensch – trotz politischer Karriere – einzuschätzen. Als noch junge Politikerin wird sie einige der bisherigen Hillary Clinton Unterstützer auf ihre Seite bringen können. Alles in allem die ideale Besetzung an McCains Seite. Offiziell will McCain in drei Stunden in Dayton (Ohio) das Rätsel um seine Vizepräsidentschaftskandidatin lüften.

**Update:** Die junge Politikerin, Familienfrau, Ex Miss-Alaska und begeisterte Marathon-Läuferin Sarah Palin wird definitiv John McCains Running Mate für die US-Präsidentschaftswahl.

---

## Namensschilder für Polizistenjagd



Die linksantifantische Aktionsfront hat ein Problem: Uneinsichtige Polizisten, die einfach nicht verstehen wollen, dass Gewalt immer ausschließlich von rechts kommt. Die links-motivierten Kampf gegen Rechts™-Events

bedürfen manchmal eben speziellen Mitteln der Überzeugung, wie Baseballschlägern und fliegenden Pflastersteinen – doch das hat mit Gewalt nichts zu tun.

Damit man die schwarzen Polizistenschafe, die das noch nicht erkannt haben, wegen uneinsichtiger Gegenwehr besser verklagen kann, sollen sie jetzt Namensschildchen tragen, so [besprochen und beklatscht](#) im ehemaligen Käseblättchen des Zentralorgans der FDJ in der DDR, der *Jungen Welt*.

Hamburger Polizisten sind in der vergangenen Woche zum Missfallen der Initiatoren „mehrfach brutal“ gegen Demonstranten und Aktivisten des Klima-Camps vorgegangen, wie es heißt. Darum gibt Fritz Sack, Professor für Kriminologie in Hamburg, ein paar gute Tipps zur linksverträglichen Polizistenumerziehung.

*Seit Jahren wird gefordert, dass zur Identifizierung eventueller Täter die Kennzeichnungspflicht für die Polizei eingeführt wird – per Namensschild oder Dienstnummer. Ich habe mich früher intensiv mit der Eskalation von Konflikten bei Demonstrationen befasst und musste immer wieder erleben, dass die Polizei in einem späteren Prozess freigesprochen wurde, weil die Täter nicht identifizierbar waren.*

Die Polizei gerät dabei unter den Verdacht des Rechts-Anrühigen ohne unabhängige, überwachende Polizeikommission, die aufgelöst worden sei, nachdem der „Rechtsextremist Ronald Schill Innensenator wurde“. Daher sind dringende Kampf gegen Rechts™-Maßnahmen bei der Polizei unverzüglich vonnöten.

Kann man sich gegen Polizisten denn überhaupt noch „wehren“ ~~ihnen den Schädel einschlagen?~~

*Es kommt immer darauf an, wie man sich wehrt. Der sicherste Weg ist immer eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Ich bin mir nicht ganz sicher, inwieweit es ratsam ist, gegenüber Polizisten auch Notwehr geltend zu machen.*

„Notwehr“ wird vermutlich zukünftig vordringlich in jenen Fällen angewandt, in denen der uneinsichtige Polizist kein deutlich leserliches Namensschild zwecks späterer Klage auf der Brust trägt. Die Polizei selbst darf sich schon wehren, aber doch bitte nur gegen Rechts.

---

# Türken werden zum Dauerproblem

☒ Die Massenzuwanderung unkultivierbarer Türken nach Deutschland gefährdet nicht nur unsere Kultur und Sicherheit, sondern ist auch zu einer dauerhaften wirtschaftlichen Belastung geworden. Zu diesem Schluss kommt das renommierte *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung*. Türkenfunktionäre beschimpfen das Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchung als Unverschämtheit, aber auch andere Institutionen in Deutschland trauen sich im Schatten der Nachricht, etwas mehr Wahrheit auszusprechen, als allgemein üblich.

Der [Berliner Tagesspiegel](#) berichtet:

*Die Eltern kamen zum Arbeiten nach Deutschland, ihre Kinder scheitern schon in der Schule: Die Bildungsmisere der Migranten trifft speziell Türken. Das geht wie berichtet aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor. Drei von vier Türken machen in Berlin keinen Schulabschluss, jeder zweite im erwerbsfähigen Alter hat keine Arbeit. Das Geld vom Staat reicht auch so, denn laut Studie entsprechen die Einkünfte einer Familie mit zwei Kindern nach Hartz IV dem Einkommen eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers mit zehn Euro*

Stundenlohn. Das DIW unterstellte manchen Türken auch, gar nicht arbeitswillig zu sein.

Das bezeichnete Hilmi Kaya Turan, arbeitsmarktpolitischer Sprecher beim Türkischen Bund, gestern als „Unverschämtheit“. Viele Schüler seien deshalb unmotiviert und frustriert, weil sie wüssten, dass sie nach der Schule ohnehin kaum eine Perspektive hätten. „Türkische Bewerber um eine Lehrstelle werden gezielt aussortiert“, sagte Turan. Er verwies auf Studien, wonach Kinder von Einwanderern selbst mit guten Abschlüssen viel seltener eine Lehrstelle fänden als Deutsche. Turans Aussage wird gestützt von einer Schrift der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem vergangenen Herbst, wonach sich Migrationshintergrund negativ auf die Erfolgsaussichten von Bewerbern auswirkt – unabhängig vom Schulerfolg.

Die Grünen-Politikerin Bilkay Öney nimmt diese Probleme ernst, sieht aber auch die andere Seite: „Die Migranten müssen sich mehr anstrengen“, sagt sie. Diese beklagten stets ihren geringen Status in der Gesellschaft, aber: „Anerkennung muss man sich verdienen. Wenn man ungebildet ist und am Rand der Gesellschaft steht, verdient man keine Anerkennung. Das ist in allen Ländern so.“ Der Staat schaffe die Möglichkeiten, aber nutzen müssten die Leute sie schon selbst. (...)

Das Thema Benachteiligung bei der Lehrstellensuche kennt die Industrie- und Handelskammer (IHK) nicht. Wohl aber ein anderes: Viel zu wenig ausländische Betriebe bildeten aus. Von den 230 000 Berliner Firmen gehörten knapp zehn Prozent Einwanderern, unter den 6000 Ausbildungsbetrieben seien es aber nur drei Prozent, so IHK-Sprecher Holger Lunau.

(Spürnase: Wikinger)



## Horrorshow in Italien



Ein kleines Bisschen

Horrorshow in Italien: Verkappte Angreifer haben in der Nähe von Turin ein Kloster mit Franziskanermönchen [angegriffen](#). Der 48-jährige Guardian Sergio Baldin von San Colombano Belmonte und drei ältere Mitbrüder waren gerade beim Abendessen, als drei Männer mit Kapuzen sie überfielen und mit Schlägern verprügelten.

Alle vier Mönche wurden schwer verletzt und befinden sich im Krankenhaus. Vater Baldini musste am Kopf operiert werden und lag sogar im Koma.

Kardinal Severino Poletto, der Erzbischof Turin, der die Opfer im Krankenhaus besucht hat, sagte, der Angriff sei vollkommen unbegreiflich. Täter, die zu so etwas fähig wären, müssten entweder unter Drogen oder besessen oder beides sein. Die Mönche leisteten keinerlei Widerstand.

Die Polizei geht davon aus, dass die Angreifer die Mönche hätten ausrauben wollen – doch bei den Franziskanern war nicht

viel zu holen. Ob es sich wirklich um Raub handelt oder ob noch andere – zum Beispiel religiöse – Motive zugrunde liegen, ist bisher noch unklar.

(Spürnase: *imli*)

---



## Willkommen in Israel



Suchen Sie ein traumhaftes Urlaubsziel für politisch Inkorrekte? Möchten Sie in Ihrem Urlaub nicht mit links-grünen Gutmenschen aus der Heimat zusammentreffen? Schätzen Sie Gärten in der Wüste, Sandstrände, mediterrane Küche, Palmenhaine, Obstplantagen, geschichtsträchtige Städte verbunden mit High-Tech, jahrtausendealte Kunstschatze und vieles mehr? Wollen Sie sehen, was aus dem „Orient“ zu machen wäre, wenn man das Land pflegen würde?

Wenn Sie eine oder mehrere dieser Fragen mit Ja beantworten konnten, sind Sie reif für Israel. Und noch ein besonderes Extra: Die absolute Mehrheit der Israelis (auch die

christlich-arabischen) sind extrem islamkritisch.

Einen kleinen Vorgeschmack sehen Sie in diesem neu-erschienenen Albatross – Israel aus der Luft – Video:

[flash <http://www.jerusalemonline.com/flash/tourism.swf>]

Bruchim Habaim be Eretz Israel – Ihr Kommen sei zum Segen im Land Israel

---

## Sendling: Steuerzahler muss einspringen



In München ist ein neuer Skandal um den umstrittenen Bau einer türkischen Moschee in Sendling ans Licht gekommen. Weil die Bauherren nicht einmal in der Lage sind, die Grunderwerbssteuer für das von der Stadt erworbene Baugrundstück zu zahlen, musste die Stadt selbst mit Steuergeldern einspringen. Natürlich ist auch der eigentliche Kaufpreis noch nicht gezahlt worden.

[BILD online](#) berichtet über das Lieblingsprojekt von SPD Oberbürgermeister Ude (Foto):

*Ude, ein Befürworter des umstrittenen Projekts, räumte gestern ein, „dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Münchner Moscheevereins tatsächlich in Frage gestellt ist (...).“*

*Sichtbares Zeichen der Finanznot: Der Verein, die DITIM e.V., kann nicht einmal die Grunderwerbsteuer für den Baugrund vollständig zahlen. Sie beträgt 3,5 Prozent des Kaufpreises.*

*Der Verein hatte den Grund von der Stadt gekauft. Weil er nur einen Teil der Grundsteuer bezahlt hat, holte sich das Finanzamt den Rest beim Verkäufer, also von der Stadt. Das ist gesetzlich so geregelt.*

*CSU-Fraktionsvize Hans Podiuk (61) ist empört und will wissen: „Wie ist diese Ausgabe dem Münchner Steuerzahler zu erklären?“*

*Süffisant fragt Podiuk nach: „Ist die Stadt bereit, gegebenenfalls auch anderen Partnern bei Grundstücksgeschäften solche Sonderkonditionen auf Wunsch einzuräumen?“*

*Podiuk sieht das ganze Projekt des Türkisch-Islamischen Kulturzentrums in Frage gestellt, wenn der Trägerverein nicht einmal die Grundsteuer aufbringen kann: „Der Kaufpreis ist ja auch noch nicht bezahlt!“*

*(Spürnase: Odysseus)*

---

# Tierschutz, aber nur für Dhimmis



Auch Tiere haben Rechte und dürfen nicht auf brutalste Weise gequält und in ewiglangem, verzweifelterm Todeskampf schmerzhaft dahingeschlachtet werden, könnte man meinen. Doch eigentlich ist mittlerweile bekannt, dass in Deutschland die Tierschutzgesetze nur für Dhimmis gelten.



Diese Anzeige (Foto – zum Vergrößern anklicken) aus dem aktuellen Ravensburger Wochenblatt führt es einmal mehr drastisch vor Augen. Unsere lieben oberschwäbischen Rindviecher müssen mittlerweile damit rechnen, islamkonform (halal) abgeschlachtet und ausgeblutet zu werden. Vermutlich wird es aber dazu weder wütende Proteste noch Gutmenschen-Bedenken geben. Den Grad der Gewöhnung zeigt die Tatsache, dass eine solche Anzeige einfach so veröffentlicht wird.

Proteste gäbe es höchstens, wenn jemand wagen sollte, für die nicht islamkonformen Tierrechte zu demonstrieren – denn wer islamische Grausamkeiten kritisiert, gilt als „Rassist“... Armes Deutschland.

(Spürnase Thorsten M.)

---

## Raddatz zur Kritik aus Malaysia



Der bekannte Orientalist Dr. Hans Peter Raddatz nimmt in der *Frankfurter Neuen Presse* Stellung zu einem ungebetenen Rat aus Malaysia. Der Außenminister des dortigen islamischen Regimes hatte sich über die bevorstehende Anti-Islamisierungskonferenz von Pro-Köln am 20. September entrüstet. Raddatz entgegnet mit Humor und Intelligenz und hat es nicht nötig, in den üblichen Chor der vorausseilenden

Distanzierung einzufallen.

Ausschnitt aus der *Frankfurter Neuen Presse*:

*Hier geschieht etwas, das unsere Aufmerksamkeit verdient. Auf der einen Seite spricht der Minister mit der Aktion «Pro-Köln» eine durchaus umstrittene Initiative an, die eindeutig rechtslastig grundiert ist. Auf der anderen Seite vertritt er ein Land, das alles andere als ein Rechtsstaat ist, das Menschenrechte nach islamischem Gesetz auslegt und die Gefängnisse mit liberalen Muslimen, Christen und – Frauen füllt.*

*Man hätte sich in der Tat eine andere Gruppe als «Pro-Köln» für die Vertretung der Bürgerinteressen wünschen mögen, doch wird hier zugleich ein ganz anderes Problem sichtbar. Es ergibt sich aus der fehlenden Bereitschaft oder Fähigkeit der Politik, ebenjene Interessen zu vertreten, zu deren Wahrnehmung sie gewählt wird. In dieses Vakuum beginnen nun Kräfte aus dem rechtspopulistischen Bereich einzurücken, die sich durch die – unzulässige – Einmischung aus dem muslimischen Ausland eher noch aufgewertet sehen.*

*Abgesehen davon, dass sich aus dem linkspopulistischen Lager kein demokratischer Protest rührte, erinnert der Vorgang an den Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der seinen Landsleuten in der «Westtürkei» – ein Elitenbegriff für Deutschland – den unverbrüchlichen, insbesondere islamischen Beistand des Mutterlandes versprach.*

*Auch wenn wir die nötigen Abstriche eingedenk derer machen, die vor Verschwörungsdenken warnen, können solche Entwicklungen die Vermutung nahelegen, dass etwas faul ist im Staate Deutschland. Immerhin hat der malaysische Minister die deutschtürkischen Radikalen der Milli Görüs (Nationale Weltsicht) an seiner Seite, die eine kuriose Doppelrolle spielen: Einerseits werden sie als Staatsrisiko vom Verfassungsschutz «beobachtet», andererseits sitzen sie am*

*Tisch der «Islamkonferenz» des Innenministeriums.*

*Wenn der Minister selbst unlängst dafür plädierte, «den Muslimen mehr Zeit zu geben», so deutete er ebenfalls eine latente Konfliktneigung an, die dem Islam innezuwohnen scheint, ansonsten hätte er führenden Kräften der Islamlobby einfach beigepflichtet.*

*Nach den Aussagen der «Dialogbeauftragten» vieler Ministerien, Universitäten und Stiftungen ist nämlich weder im «Frieden» des Islam ein allgemeines, noch aus Sicht des Integrationsministers von Nordrhein-Westfalen, Laschet, in der Scharia, im Gesetz des Islam, ein spezielles «Problem» erkennbar.*

*Vor diesem problemfreien Hintergrund muss die Vehemenz verwundern, mit der das Psycho-Schreckbild der «Islamophobie» die Runde macht, ein Begriff, der bekanntlich «Angst vor dem Islam» bedeutet. Wenn also die Bevölkerung dessen «Frieden» weiterhin fürchtet und der Widerstand nicht aufhören will, ist vielleicht nicht die betroffene Kultur, sondern die Lobby, die sie vertreten soll, das «Problem».*

*Hinsichtlich einer möglichen Fehlersuche bieten sich zunächst zwei Varianten an: Das «Problem» liegt entweder bei den Lobbyisten selbst, weil sie «den Islam» inkompetent vermarkten, oder es liegt beim Volk, weil es sich auf seine demokratischen Rechte beruft. Wir könnten es mit einer Mischung aus beidem zu tun haben.*

*Die Vorschriften der Scharia, die ganz wesentlich auf Moscheebau, Frauenverhüllung und Glaubensunterricht, das heißt politischer Unterweisung fußen, sind offenbar zu wenig unter dem Aspekt der Religionsfreiheit und der Vereinbarkeit mit der Verfassung diskutiert worden.*

Den [vollständigen Artikel finden Sie hier](#).

---

# ARD immer wieder verkehrt herum



Nach diversen Flaggenpannen mit den [US-Stripes](#) und [Schwarz-Rot-Gold](#) hat sich erneut gezeigt, dass bei der ARD etwas komplett verdreht ist – diesmal hat es die Stadt München erwischt, die (grafisch) einfach mal nach [links gewendet](#) wurde. Das Rathaus steht jetzt plötzlich links der Frauenkirche. Ob das eine tiefere Bedeutung hat?

---

# Kein Grundrecht auf Großmoschee



Zur Stunde berät der Rat der Stadt Köln eine Verwaltungsvorlage, die grünes Licht für den Bau der umstrittenen Großmoschee in Köln Ehrenfeld geben soll. Die Ratsmehrheit von SPD, Grünen, FDP und SED (neuerdings „Linkspartei“) wird der Vorlage zustimmen. Die Fraktion Pro-Köln hatte für den Nachmittag zu einer Mahnwache gegen den

Entscheid aufgerufen.

Rechts die Moscheegegner, links die SED-Anhänger und in der Mitte die Heiratswilligen auf dem Weg zum Standesamt: Die Kölner Polizei hatte den durch die Ausgrabungsstätte der mittelalterlichen Synagoge knappen Platz vor dem Rathaus genauestens aufgeteilt und durch getrennte Zugänge ein unmittelbares Zusammentreffen der politischen Gegner vermieden. Das Konzept ging vor allem zugunsten der Moscheegegner auf. Direkte, teils körperliche Belästigungen wie bei einer ähnlichen [Veranstaltung im letzten Jahr](#) blieben diesmal aus.

Auf dem Platz der Moscheegegner hatten sich rund 100 (nach Veranstalterangaben nur 50) Aktivisten (*Bild oben*) unter dem Giordano-Motto: „Es gibt kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee“ zusammengefunden um die Kölner Ratsherren an ihre historische Verantwortung für die Zukunft der Stadt und künftiger Generationen zu erinnern.

✘ Die Seite der Gegendemonstranten (*Foto links*) war für Kölner Verhältnisse auffallend schwach besetzt. Offenbar war es in der kurzen Zeit der SED-Spitze nicht gelungen, Randalierer aus ganz Deutschland heranzuschaffen, um die nicht genehme Meinungsäußerung nieder zu brüllen. Auch fehlten diesmal die Schulklassen, die sonst zu solchen Anlässen in DDR-Manier unter Führung SED-treuer Klassenlehrer aufmarschieren. Diesmal war es eher ein kleines Häuflein, das um einen Ü-Wagen und vor den interessierten Kameras bemüht war, eine günstige Aufstellung zu finden, um zahlreicher zu erscheinen.

Mangels besserer Argumente einigte man sich hier nach einigem hin und her auf den gemeinsam gebrüllten Nenner „Nazis raus!“.

Das sollte auch der Kölner CDU zu denken geben, denn die SED-Führung hatte den Aufmarsch unter dem Motto: „[Gegen das Abstimmungsverhalten von CDU und Pro-Köln](#)“ befohlen.

Inzwischen stimmt nämlich die Ratsfraktion der CDU gemeinsam mit Pro-Köln gegen das Projekt und den eigenen OB, Fritz „Türkenfritz“ Schramma. Würde die Kölner CDU zur Nachdenklichkeit neigen, was wir allerdings nicht vermuten, könnte man darüber nachdenken, wie schnell das linksextreme Etikett „Nazi“, das man so bereitwillig selber an politische Gegner verteilt, am eigenen Frack klebt.

Gegen 16 Uhr löste sich die Mahnwache der Moscheegegner ohne weitere Zwischenfälle geordnet auf.

---

## Komaschläger prügelt wieder



Kaum zu glauben aber wahr: Dank der Gutmenschlichkeit deutscher Justiz ist der 18-jährige Erdinc S., der im Februar 2007 einen 44-jährigen Mann vor den Augen seiner Kinder grundlos ins Koma und in die Invalidität [geprügelt](#) hatte, [auf freiem Fuß](#). Und siehe da, er [hat wieder zugeschlagen](#)! An derselben Stelle wie beim letzten Mal. Und wieder landete das Opfer im Krankenhaus.

*Das Kölner Amtsgericht hat Haftbefehl gegen den sogenannte „Koma-Schläger“ von Köln, Erdinc S. (18), erlassen. Wie [EXPRESS](#) erfuhr, ist Erdinc gegen 11.30 Uhr in Katakomben des Justizpalastes an der Luxemburger Straße gebracht worden. Dort ist er dem Haftrichter vorgeführt worden. Derzeit wird*

*ihm erläutert, was ihm die Staatsanwaltschaft vorwirft.*

*In Justizkreisen geht man davon aus, dass ihm der Haftbefehl in Kürze verkündet und er danach in die JVA Ossendorf gebracht wird. Einer der Verschonungsgründe nach der letzten Gerichtsverhandlung war auch, dass Erdinc's Freundin ein Kind erwarte und er als Gerüstbauer einen festen Job hat.*

*Erdinc soll am 23. Juni gegen 22 Uhr auf einen Passanten eingeschlagen haben – völlig ohne Grund. Wieder geschah es an der KVB-Haltestelle in Ostheim, wieder an der Telefonzelle. Dem Opfer, das nur telefonieren wollte, soll er gedroht haben: „**Ich werde dich umbringen und kaputtschlagen.**“ Kurz danach schlug Erdinc laut Ermittlungen der Polizei zu, verletzte das Opfer am Auge.*

*Die Platzwunde musste später genäht werden. Das Opfer erkannte Erdinc laut Haftbefehl (Az. 650 Gs 38/08) auf einer Bildvorlage wieder.*

Beim erstem Mal wurde Erdinc S. nicht verurteilt, weil angeblich die „schädlichen Neigungen“ bei dem Täter fehlten. Richter Hans-Werner Riehe hat den listenweise vorbestraften Komashläger laufen lassen und ihm lediglich ein „Anti-Aggressions-Programm“ verschrieben. Eine gröbere Fehlentscheidung hätte das Gericht in diesem Fall nicht treffen können.

Amtsgerichtssprecher Jürgen Mannebeck verteidigt sich:

*„Es war eine positive Prognose, die das Jugendgerichtsgesetz so vorsieht. Dass das schief gehen konnte, war klar. Man hatte gehofft, dass er sich ändert. Aber er kann offenbar nicht mit seinen Agressionen umgehen.“*

(Spürnasen: Humphrey, Steve B., BlackBox, vfg, Thomas D., D Mark, vogel, Einsatzheerfuehrer, Eisfee und Bernd)